



Schaltet sich nur selten in die Kommunalpolitik seiner Heimatstadt ein: Landtagsabgeordneter und CDU-Kreisvorsitzender Theo Kruse. Gestern übersandte er eine Pressemitteilung, die in der Chefetage des Olper Rathauses mit Sicherheit keine Jubelarien auslösen wird. SZ-Archivfoto: hobö

## Kruse konkret gegen eine ZUE

### CDU-Kreisvorsitzender erteilt Plänen der Olper Stadtverwaltung eine Absage

sz Olpe. Früher saß Theo Kruse selbst im Olper Stadtrat. Inzwischen gehört er dem Landtag an und ist dort innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Dass Kruse sich gnaz konkret und dezidiert in die Politik seiner Wahlheimat Olpe einschaltet, hat Seltenheitswert. Umso mehr zu beachten seine Pressemitteilung, die gestern bei der SZ einging.

Denn darin spricht er sich ohne Wenn und Aber gegen die Absicht der Stadtverwaltung und insbesondere von Bürgermeister Horst Müller aus. „Der Grundtenor der Beschlussvorlage ist in besonderer Weise geprägt von fiskalischen, von finanzpolitischen Auswirkungen und modellhaften Prognosen“, so Theo Kruse. Dies sei verständlich und nachvollziehbar, greife jedoch zu kurz. So berücksichtige die Vorlage nicht die erarbeiteten Konzepte und Vorstellungen, die in den vergangenen Wochen im Forum „Integration“ diskutiert und vorgestellt worden seien, kritisiert er. „Auch die von Ratsmitglied Lothar Epe in der gestrigen Sitzung des Forums zum wiederholten Male eingebrachten Bedenken bleiben gänzlich unberücksichtigt.“

Bei Errichtung einer Regelunterkunft, einer ZUE, können die Argumente, Anregungen und Vorstellungen, die in den Gesprächsforen im Sinne einer langfristigen Integration vorgetragen wurden, keine Berücksichtigung finden, „dies ist bedauerlich“, so Kruse, „gibt es doch in unserer Region eine große Hilfs- und Aufnahmebereitschaft für Flüchtlinge, und ohne diese aktive Mithilfe der Bürger kann Integration nicht gelingen.“

Ebenso bleibe in der Vorlage unberücksichtigt, welche gesellschaftlichen, sozialen und sonstigen Auswirkungen entstünden, wenn eine ZUE mit einer Aufnahmekapazität von etwa 400 Menschen und einer hohen Fluktuation eingerichtet werde und wann die Aufnahmebereitschaft und die Aufnahmefähigkeit der heimischen Bevölkerung an ihre Grenzen stoße, so Theo Kruse. „Im Übrigen

sollten die Kosten für Unterbringung und Gesundheit der Asylbewerber so finanziert werden, dass sie die kommunalen Haushalte nicht belasten“, so der Landtagsabgeordnete Theo Kruse, der darauf hinweist, dass dies in einigen anderen Bundesländern inzwischen der Fall ist. „Ich begrüße sehr, dass die Bundesregierung für den 8. Mai zu einem Flüchtlingsgipfel eingeladen hat, um für die drängenden Herausforderungen eine gemeinsame Lösung mit den Ländern zu finden. Es dürfen nur diejenigen Asylbewerber auf die Kommunen verteilt werden, die Aussicht auf Anerkennung haben“, so Theo Kruse abschließend.